



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 07.12.2009

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

ab TOP 2

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Boehm, Personalrat	TOPs 3-7
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	ab TOP 2
Herr Brunecker, Museum Biberach	bis TOP 7
Herr Bystron, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Falk, Tiefbauamt	
Herr Fessler Ordnungsamt	TOP 2 - 8
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Frau Ludwig, Ordnungsamt	bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	TOPs 2+3
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Schulze, Liegenschaftsamt	ab TOP 8
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	ab TOP 8
Herr Szollar, Volkshochschule	bis TOP 7
Herr Urbano, Stadtwerke Biberach	TOPs 2-8
Herr Wölfle, Stadtwerke Biberach	TOPs 2-8
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	TOPs 2-7
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach e.V. auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkostenzuschusses für die Kinderbetreuungsstätte Kindertreff Karpfengasse 9 sowie für die Begegnungs- und Betreuungsstätte Rohrspatz in der Hans-Rohrer-Straße in Biberach	229/2009
3.	Integration von Migrantinnen und Migranten - Festlegung des Integrationskonzeptes	228/2009
4.	Erhöhung des Museumseintritts	165/2009
5.	Gebührenerhöhung Volkshochschule	189/2009
6.	Bruno-Frey-Musikschule Erhöhung der Gebühren und Änderung der Benutzungsordnung	222/2009
7.	Bruno-Frey-Musikschule Ermäßigungen für kinderreiche und sozialbedürftige Familien in Biberach	221/2009
8.	Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum und den Parkhäusern und Tiefgaragen	208/2009
9.	Änderung der Abwassersatzung	226/2009
10.	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	244/2009
11.	Interkommunales Gewerbegebiet	248/2009
12.	Verschiedenes	

Die Mitglieder wurden am 26.11.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 03.12.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Heinz Maier bezeichnet den Umbau des WCs am Kirchplatz als gelungen und funktionell. Die Umgestaltung des Kapellenplatzes und Holzmarktes lobt er ebenfalls. Die Baumaßnahmen rund um die Museumsstraße seien ordentlich, jedoch eine Kostensteigerung zu befürchten. Er fragt, ob mit weiteren unvermeidlichen Belastungen für die Bürger zu rechnen sei, ob der Christkindlesmarkt weiterhin eines Zuschusses bedürfe und welchen Beitrag die Stadt zum Umweltgipfel leisten könne. Er bezeichnet den Flächenverbrauch als beunruhigend und hebt auf die Erfordernisse des Naturschutzes ab.

OB Fettback lässt wissen, man habe große Anstrengungen unternommen, um den Haushalt zu konsolidieren. Der Konsolidierungsbeitrag hätte nach dem Verwaltungsvorschlag fast 25 Millionen Euro bedeutet. Man gehe unsicheren Zeiten entgegen und es sei ungewiss, wie sich die Lage in zwei bis drei Jahren gestalte. Daher habe man jetzt schon rechtzeitig reagieren wollen. Dennoch seien tolle Zukunftsprojekte im Haushalt enthalten, wie beispielsweise der Neubau der Realschule. Auf vieles habe die Stadt keinen Einfluss und soweit möglich habe man rechtzeitig Vorsorge getroffen.

Der Christkindlesmarkt sei etwas Qualitätsvolles und Qualität koste Geld. Viele Händler hätten mittlerweile die Hütten gekauft.

Für den Klimaschutz habe man in der Vergangenheit schon viel getan und die Stadt sei beispielsweise Mitglied im Klimaschutzbündnis und habe die Agenda21 auf den Weg gebracht.

BM Kuhlmann begründet die Kostensteigerungen beim Umbau von Museumstraße und Hafenplatz damit, dass entgegen den Planungen, Teile komplett erneuert werden mussten, was nicht absehbar gewesen sei. Dies seien Überraschungen, mit denen man in der historischen Altstadt immer wieder konfrontiert werde und was zu Kostensteigerungen führe. Das Gesamtbudget werde jedoch eingehalten.

Mit dem Thema Flächenverbrauch pflege man einen sorgfältigen Umgang.

TOP 2 Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach e.V. 229/2009 auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkostenzuschusses für die Kinderbetreuungsstätte Kindertreff Karpfengasse 9 sowie für die Begegnungs- und Betreuungsstätte Rohrspatz in der Hans-Rohrer-Straße in Biberach

Dem Gemeinderat liegt diese Niederschrift als **Anlage** beigelegter Drucksache Nr. 229/2009 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2009.

OB Fettback lässt wissen, man sei auf der Suche nach vernünftigen Räumen für den Kinderschutzbund. Bei diesem handle es sich um eine sehr wichtige Einrichtung, was aus der Vorlage ersichtlich werde.

StR Dullenkopf führt aus, die Biberacher würden den Kinderschutzbund kennen und schätzen und man sei dankbar für die gute geleistete Arbeit. Man stimme daher auch dem Zuschuss zu. Er bezeichnet den von der Verwaltung vorgesehenen Weg, wonach zuerst Absprachen mit Kindergärten und Schulen erfolgen sollten, als wichtig und meint, die Verwaltung sei auf einem guten Weg. Beim bisherigen Domizil handle es sich um ein altes Gebäude, weshalb man den Brandschutz nicht zu sehr hervor heben sollte.

StR Lemli dankt der SPD-Fraktion für die wichtige geleistete Arbeit. Man freue sich über die Absicht den Kinderschutzbund auf den Weg in die Zukunft zu begleiten. Die räumliche Unterbringung müsse dringend verändert werden. Die Stadt sei hier gefordert, den Kinderschutzbund finanziell und mit Menpower auf seinem Weg zu begleiten.

Auch die Freien Wähler stimmten der Vorlage zu, kündigt StRin Goeth an. Der Kinderschutzbund erbringe sehr wichtige Aufgaben und sei auch mit Etablierung der Ganztagschulen erforderlich. Sie zeigt sich hoffnungsfroh, dass Anpassungen an sich ändernde Gegebenheiten erfolgten.

Auch StR Späh meint, es seine Veränderungen erforderlich, unter anderem die räumliche Unterbringung, wofür man auf Verwaltungsvorschläge warte.

Auch die FDP wird zustimmen, so StR Funk, der für die geleistete Arbeit dankt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Ortsverband Biberach/Riss e. V. des Deutschen Kinderschutzbundes wird rückwirkend ab dem 01.07.2009 für weitere zweieinhalb Jahre, also bis einschließlich 31.12.2011, ein jährlicher Personalkostenzuschuss für die Kinderbetreuungsstätte Kindertreff Karpfengasse 9 für Grundschulkinder in Höhe eines Festbetragszuschusses von höchstens 31.000 € zur Begleichung der notwendigen Personalausgaben für pädagogische Fachkräfte bewilligt. Für das restliche Jahr 2009 beträgt der Zuschuss anteilig 15.500 €.**

- 2. Des weiteren wird dem Ortsverband ab dem 01.07.2009 für weitere zweieinhalb Jahre, also bis einschließlich 31.12.2011, ein jährlicher Personalkostenzuschuss für die Begegnungs- und Betreuungsstätte Rohrspatz für Grundschulkindern in Höhe eines Festbetragszuschusses von höchstens 16.800 € zur Begleichung der notwendigen Personalausgaben für pädagogische Fachkräfte bewilligt. Für das restliche Jahr 2009 beträgt der Zuschuss anteilig 8.400 €.**
- 3. Der Kinderschutzbund weist jährlich unaufgefordert im ersten Quartal des folgenden Jahres die tatsächlich entstandenen und notwendigen Personalausgaben für die pädagogischen Fachkräfte des Vorjahres nach.**
- 4. Die unter der Begründung zu Ziffer 3 in Drucksache Nr. 229/2009 dargelegten Eckpunkte sind Basis für die Zuschussgewährung und damit verbindlich.**
- 5. Der Zuschuss wird in je vier Raten jeweils zur Quartalsmitte eines Jahres ausbezahlt.**

Dem Gemeinderat liegt dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 228/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorbereitung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Integrationsausschuss am 12.11.2009.

OB Fettback führt aus, man sei auf einem guten Weg mit dem entwickelten Leitbild. Hierfür gebühre Frau Ludwig großer Dank (Applaus). Die Umsetzung des Integrationskonzeptes werde man auf jeden Fall vornehmen. Wie schnell dies geschehen könne, sei von der Kraft abhängig, die man zur Verfügung stelle. In Anbetracht der finanziellen Situation habe er sich nicht getraut vom Gemeinderat mehr Geld abzuverlangen und Personal zu beantragen. Die Koordinierungsstelle und das Monitoring wären jedoch wichtig, um festzustellen, woran die Integration zu messen sei. Man habe für das Monitoring ein Angebot für 10.400 Euro erhalten. Es sei schon viel geschehen. So habe man eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe eingesetzt, die schon mehrfach getagt habe. Das zweite strukturelle Handlungsfeld sei die Koordinierungsstelle, deren Stellenanforderungen man konkretisiert habe. Man gehe als Bedarf von einer halben Stelle aus. Zum Vergleich nennt er Braunschweig, die für diese Aufgabe 1,5 Stellen zur Verfügung stellten. Man könne guter Hoffnung sein, dass Biberacher Institutionen diese Stelle für mindestens ein Jahr bezahlten, es sei sogar sehr wahrscheinlich, dass auch das zweite und dritte Jahr finanziert werde. Denn das erste Jahr sei unter der Voraussetzung finanziert, dass die Wirtschaft sich für diese wichtige Aufgabe einsetze. Es handle sich um eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, weshalb die Wirtschaft sich ideell und teilweise auch materiell in die Umsetzung einbringen solle. In der Vorwoche habe er ein Gespräch mit der Firma Handtmann geführt, die 10.000 Euro für den Projekttopf zur Verfügung gestellt habe, so dass das Monitoring bereits finanziert wäre (Applaus). Was die Stelle betreffe finde am Folgetag eine Stiftungssitzung statt. Auch die Kreishandwerkerschaft habe erklärt, dass sie hinter dem Konzept stehe, sie tage jedoch erst im Frühjahr. Die Ideen seien also auf einen aufnahmebereiten Boden gefallen und man habe ein Thema angegangen, das viele schon lange bewege.

Das dritte strukturelle Handlungsfeld sei die Schulung von Integrationslotsen und die Lotsenfindung. Man gehe davon aus, sie vor allem über Projekte und Prozesse zu finden. Er habe entschieden, alle relevanten Personen anzuschreiben und auf das Projekt anzusprechen.

Zum Aufbau interkultureller Kompetenz in Verbänden, Institutionen, Wirtschaft und den Kirchen müsse der Integrationsbeauftragte selbst Ansprechpersonen finden. Es sei wichtig, dass diese Personen geschult würden, wobei die Volkshochschule schon viele Ideen habe.

Als Aufgabe gelte es unter anderem, das Jugend- und Sportengagement zu koordinieren. Die TG habe schon ein Pilotprojekt für muslimisches Turnen und Frauenschwimmen und manches mehr gehabt. Gefordert seien der Integrationsausschuss, das Jupa, das Seniorenbüro und Bildung und Betreuung seien unter diesem Aspekt zu betrachten. Man sei gemeinsam auf einem guten Weg.

StR Dullenkopf meint, der Prozentanteil von 28,6 Menschen mit Migrationshintergrund interessiere nicht so sehr, sondern wie viele Menschen der Integration bedürften und wie viele bereits so weit integriert seien, dass man sich nicht mehr um sie kümmern müsse als um alle anderen Menschen. Er zeigt sich etwas enttäuscht von der Einschätzung, dass man schnell Moderatoren finden werde. Er erachte dies als schwierig und mit den Mentoren stehe und falle alles. Man wisse beispielsweise noch nicht ausreichend genug, welche Vereine mit welchen Zielsetzungen arbeiteten. Viele der inhaltlichen Maßnahmen, die angesprochen würden, dauerten Jahre, sogar Generationen in der Umsetzung. Die CDU-Fraktion hoffe dennoch, dass die Aufgabe gelingen werde. Si-

cher erhielten die Geldgeber regelmäßig Bericht und der Gemeinderat wurde auf diesem Wege dann auch informiert, um zu erfahren, wie man bei dieser wichtigen Aufgabe voran komme.

StRin Kapfer meint, es sei gute Arbeit geleistet worden. Das Integrationskonzept sei ein gutes Konzept von Menschen für Menschen. Sie dankt allen Beteiligten für dessen Erarbeitung. Es sei eine professionelle Leitung erforderlich, weshalb die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsanträge eine Koordinierungsstelle beantragt habe. Man sei froh, dass aufgeschlossene Menschen in Biberach lebten, die diese Aufgabe für genauso wichtig und zukunftsweisend ansehen. Die SPD-Fraktion stimme zu.

StRin Goeth bezeichnet das Konzept als umfangreich. Man müsse das Potenzial von beiden Seiten nutzen und multikulturelle Chancengleichheit schaffen. Sie bezeichnet es als wichtig, die vorhandenen Kompetenzen einzusetzen. Oft stellten Sprachbarrieren ein Problem dar und das Thema Bildung habe bei Zuwanderern noch keinen ausreichenden Stellenwert. Auch das Freizeitverständnis anderer Kulturen sei teilweise abweichend und es bestehe zum Teil Misstrauen gegen Vereinsarbeit. Das Konzept enthalte eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, die von Kindergärten, Schulen und anderen in Eigenarbeit umgesetzt werden könnten. Sie bedürften jedoch einer Motivierung, Koordinierung und Vernetzung, sprich einer kompetenten Stelle, weshalb ein Koordinator wichtig sei. Sie bittet bei der Stellenbesetzung zu bedenken, dass Menschen aus der Türkei und Russland oft mehr Berührungängste hätten. Die Gewinnung von Multiplikatoren bezeichnet sie als wichtig und sei weniger skeptisch, dass dies gelinge. Durch den begonnenen Prozess habe man bereits erste Kontakte.

StRin Sonntag signalisiert die Zustimmung der Grünen zum Konzept. Sie bezeichnet Integration als Schlüsselaufgabe, die durch den demographischen Wandel immer wichtiger werde. Bildungsunterschiede und bildungsferne Schichten führten zu einer Ausgrenzung. Diesen Prozess könne man durch die Integrationsarbeit durchbrechen. Viele Gruppen arbeiteten bereits mit niederschweligen Angeboten sehr erfolgreich, über die man sicher viele Integrationsmentoren gewinnen könne. Sie dankt dem Oberbürgermeister, der sich sehr für das Fundraising eingesetzt habe. Das Ergebnis zeige, dass die Stelle durch Sponsoring finanziert werden könne. Der Erfolg dieser Arbeit kommen letztlich allen Biberachern zugute.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion und bezeichnet Integration als eine Säule der Zuwanderung, eine gesamtgesellschaftliche und eine Querschnittsaufgabe. Das Integrationskonzept sei sehr gelungen und es sei sehr gut, dass Maßnahmen und mögliche Konzepte aufgezeigt würden. Vieles werde bereits täglich praktiziert. Man solle mit dem beginnen, was schnellstmöglich den größten Erfolg bringe. Auch er bittet um regelmäßige Berichte.

OB Fettback gibt zu verstehen, auch er wüsste gerne, wer von den 26,8 % Menschen mit Migrationshintergrund integriert sei und wer nicht. Dabei müsse man auch definieren, ab wann jemand als integriert gelte. Durch das Monitoring werde man eine Art Matrix erhalten, aus der derartiges abgelesen werden könne. Man werde dann auch erfahren, wo große ethnische Gruppen existierten. Dies sei bislang nur teilweise bekannt. Auch er sieht Integration als gesellschaftliche Daueraufgabe, gehe aber davon aus, dass die Stelle des Integrationskoordinators nicht auf Dauer erforderlich sei. Drei Jahre benötige man sie mindestens, vielleicht auch fünf. Habe man dann die Handlungsfelder nicht mit Leben erfüllt, bestehe ohnehin ein Problem. Wenn sie mit Leben erfüllt seien, funktioniere diese Aufgabenerledigung von alleine. Bei der Personalauswahl benötige man jemand, der sich und andere begeistern könne und die Aufgabe als Herausforderung ansehe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Das in der Anlage zu Drucksache Nr. 228/2009 beiliegende Integrationskonzept von Migrantinnen und Migranten in Biberach wird gebilligt

Dem Gemeinderat liegt diese Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 165/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2009.

OB Fettback führt aus, man habe die gesamten Gebührenerhöhungen als Paket gesehen. Der Gemeinderat sei dieser Einschätzung nicht ganz gefolgt. Dabei sei man davon ausgegangen, dass die dadurch erzielten Mehreinnahmen im Kulturbereich auch dem Kulturbudget zufließen sollten.

StR Dullenkopf lässt wissen, die folgenden vier Tagesordnungspunkte mit Gebührenerhöhungen seien auch von der CDU-Fraktion als Paket gesehen worden, aber nicht unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung, sondern dass die Gebühren wieder einmal angepasst werden müssten. Die letzten Anpassungen lägen fünf Jahre und mehr zurück. Man habe häufig erlebt, dass ein zu langes Zuwarten Probleme bringe. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Auch StRin Kübler äußert sich zu den Gebührenerhöhungen insgesamt und bezeichnet diese aufgrund der Kostensteigerung als nachvollziehbar. Diese müsse man durch Gebührenerhöhungen auffangen oder Angebote reduzieren. In Zeiten, in denen Bildung Priorität genieße, könne man jedoch keine Angebote reduzieren, weshalb die Gebührenanhebung der richtige Weg sei. Die SPD-Fraktion wolle jedoch gleichzeitig die Einführung eines Stadtpasses, eine alte Forderung. Viele Bürger sähen einer ungewissen Zukunft entgegen und müssten Einbußen hinnehmen. Daher sei eine derartige Vergünstigung umso wichtiger, die auch als Marketingobjekt eingesetzt werden könne. Die Verwaltung habe jedoch erklärt, dass sie nicht vor dem Jahr 2011 mit einer Vorlage zu diesem Thema rechne und dies mit personellen Engpässen begründet. Man müsse das Thema jedoch nicht neu erfinden; sicher könne man vieles von anderen Kommunen übernehmen. Daher stimme die SPD-Fraktion momentan keiner Gebührenerhöhung zu.

Zur Gebührenerhöhung beim Museum und dem vorgeschlagenen Verzicht auf kostenfreien Eintritt für Mitglieder der Fördervereins Museum gibt sie zu bedenken, der Verein leiste hervorragende Arbeit und allein das Museumsfest sei nicht mehr wegdenkbar. Dies sei ein tolles Event. Da jedoch beide Vereine zur Absicht gehört worden seien, stimme man diesem Aspekt zu und bitte daher um getrennte Abstimmung. Bei der Jugendmusikschule bezeichne sie die Herausnahme der Benutzungsordnung als sinnvoll und bittet auch hier um getrennte Abstimmung. Bezüglich der Ermäßigungen sehe man keine Not die bisherigen Geschwisterermäßigungen zu reduzieren. Man solle vielmehr als familienfreundliche Stadt Flagge zeigen. Die Härtefallregelung sei eher abschreckend, da sich viele vor einer Stigmatisierung fürchteten.

StR Zügel meint, Gebühren für freiwillige Aufgaben müsse man immer sehr sorgfältig abwägen und den Spagat zwischen Einnahmeerzielung und Nutzerinteressen bewerkstelligen. Als positiv bezeichnet er es, dass die Gebührenerhöhung dem Kulturbudget zugute komme. Als Museumseintritt hätte man auch 3,50 € für vorstellbar erachtet, die Mehrheit spreche sich jedoch für 4 € aus, womit die Freien Wähler auch leben könnten. Wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche freien Eintritt hätten.

StR Späh empfindet die Erhöhung auch in anderen Kultureinrichtungen als moderat. Ein Stadtpass habe Charme, da aber mehrere Komponenten verquickt würden wie soziale und touristische Aspekte und die Behandlung der Umlandgemeinden, sei die Umsetzung schwierig. Die Verwaltung solle sich Zeit nehmen, irgendwann erwarte man jedoch eine Vorlage.

OB Fettback stellt klar, die Behindertenarbeit der Bruno-Frey-Musikschule sei durch die Zuschuss-senkung des Landkreises nicht gefährdet, man könnte sich jedoch vorstellen, dass der Landkreis sich mehr einbringe. Die Kombination mit einer Ehrenamtskarte, die Berücksichtigung sozialer Komponenten und der Behandlung der Umlandgemeinden sei in der Tat schwierig zu vereinba-ren, weshalb die Vorbereitung eines Stadtpasses Zeit benötige.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Dem ermäßigten Eintritt für Mitglieder der Gesellschaft für Heimatpflege und des Förderkreises Biberacher Museum e.V. wird einstim-mig zugestimmt. Den restlichen Veränderungen wird mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Nuding) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Ab 1.1.2010 wird der Museumseintritt wie folgt festgelegt:

Erwachsene	4 €	ermäßigt	3 €
Jahreskarte	12 €	ermäßigt	9 €
Gruppen	3 € (pro Person)		

Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren sind frei.

Für Mitglieder der Gesellschaft für Heimatpflege und des Förderkreises Biberacher Museum e. V. gilt der ermäßigte Eintritt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 189/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.09.

Die generelle Diskussion zu Gebührenerhöhungen erfolgte beim TOP 4.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Nuding) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Einer Erhöhung der Kursgebühren in der VHS um 5% wird zugestimmt.**
- 2. Einer Erhöhung des Eintritts bei Vorträgen um 1 EUR auf 6 EUR wird zugestimmt**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügte Drucksache Nr. 222/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2009.

Ohne weitere Aussprache wird Ziffer 1 des Beschlussantrags mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Nuding) und restlichen Jastimmen zugestimmt. Den Ziffern 2 und 3 wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die als Anlage 1 angeschlossene Gebührensatzung wird beschlossen.**
- 2. Der als Anlage 2 beigefügten Benutzungsordnung wird zugestimmt.**
- 3. Die bisherige Benutzungsordnung tritt zum 01.01.2010 als öffentlich-rechtliche Satzung außer Kraft.**

**TOP 7 Bruno-Frey-Musikschule
Ermäßigungen für kinderreiche und sozialbedürftige Familien
in Biberach**

221/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 221/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 26.11.2009.

StR Funk gibt zu bedenken, dass Familien mit vielen Kindern, die unterschiedlichen Hobbys nachgingen, keine Begünstigung erhielten und immer die volle Gebühr bezahlen müssten. Eine Lösung könnte hier über Bildungs- und Betreuungsgutscheine gefunden werden, bei denen die Familien selbst entscheiden könnten, wo sie diese einsetzen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Nuding) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Kinderreiche und sozialbedürftige Familien mit Hauptwohnsitz in Biberach erhalten im Rahmen einer stets widerruflichen Freiwilligkeitsleistung der Stadt Biberach eine Ermäßigung auf die Unterrichtsgebühren der Bruno-Frey-Musikschule, wie in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 221/2009 dargestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 208/2009 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 30.11.09. Danach ging ein interfraktioneller Antrag ein, auf dessen Basis Drucksache Nr. 208/2009-1 erstellt wurde, die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

OB Fettback führt aus, alle Fraktionen seien für eine Erhöhung, Streit gebe es nur über Art und Umfang. Die Verwaltung halte an ihrem Vorschlag fest, man würdige jedoch den interfraktionellen Antrag, den man in Drucksache 209/2009-1 festgehalten habe. Es sei eine Korrektur des Hauptausschussbeschlusses erforderlich, bei dem es sich um eine Zufallsentscheidung bezüglich der oberirdischen Parkgebühren gehalten habe, die verkehrslenkungspolitisch seltsam gewesen wäre. Er werde sich dem Fraktionsantrag jedoch nicht anschließen, sondern sich enthalten, womit er dem Mehrheitsantrag Respekt solle. Er macht darauf aufmerksam, dass beabsichtigt gewesen sei, die Anhebung der Parkgebühren in den Parkierungsanlagen für die Sanierung der Tiefgarage Museum zu verwenden.

StR Dullenkopf meint, dies sei die schwierigste Geburt einer öffentlichen Angelegenheiten in den letzten Jahren gewesen. Man wolle die Verkehrslenkungsfunktion stärken, damit vornehmlich in den Parkierungsanlagen geparkt werde. Der CDU-Antrag habe jedoch keine Mehrheit gefunden, weshalb man Gespräche geführt habe, um eine Zufallsentscheidung wie im Hauptausschuss zu verhindern. Dabei habe man ziemlich große Zugeständnisse gemacht und die Entscheidung sei nicht leicht gefallen. Die Kopplung mit der Finanzierung der Tiefgaragensanierung sei in der Öffentlichkeit nicht klar geworden und auch so nicht diskutiert worden. Parker in Tiefgaragen und den Parkhäusern würden gerne oberirdisch parken, hätten also keinen Vorteil von einer Gebührenerhöhung. Dieser komme dagegen Anwohnern und Geschäftstreibenden zugute. Sei dieser Vorteil nicht mehr gegeben, müsse man mit einem Rückgang der Besucherzahl rechnen, die aber für die lebendige Innenstadt erforderlich seien. Dies habe sich bei der sanierungsbedingten Schließung der Tiefgarage Stadthalle gezeigt.

StR Lemli meint, die Verwaltungsvorlage sei nachvollziehbar gewesen und sei von der SPD-Fraktion bis auf den Verzicht auf die erste Stunde gebührenfreies Parken in den Parkierungsanlagen zustimmbar gewesen. Dem Gemeinschaftsantrag könne man nicht in allen Punkten zustimmen. Die Werbegemeinschaft sei ein starker Gegner der Parkgebührenanhebung und habe Umsatzeinbrüche angeführt. Biberach investiere jedoch in den Einzelhandel sehr viel, halte ein sehr gutes Parkplatzangebot vor, überwiegend sogar ein Überangebot. Jeder denkbar freie Platz werde als Stellplatz ausgewiesen. Da auch die Stadt von Preiserhöhungen betroffen sei, müsse man diese weitergeben. Mit dem abweichenden Vorschlag habe man jährlich eine halbe Million weniger Einnahmen, weshalb es 12 bis 15 Jahre dauern werde, bis das Geld für die Sanierung der Tiefgarage Museum zusammen sei. Er bittet über das kostenfreie Parken in den Tiefgaragen in der ersten Stunde getrennt abzustimmen, da man diesem Aspekt zustimme.

StR Zügel bemerkt, die Meinungsbildung zu diesem Thema sei auch bei den Freien Wählern schwierig gewesen. Wichtig sei die 1. Stunde gebührenfrei, nicht nur als Standortfaktor, sondern sie diene auch der Verkehrslenkung. Ferner benötige man günstigere Parkgebühren, als sie in Ulm verlangt würden. Die Mehreinnahmen solle nicht automatisch an die Stadtwerke fließen lassen, sondern sie flössen der Stadtkasse zu und die Stadtwerke müssten ohnehin finanziell entsprechend ausgestattet werden. Er bestätigt, dass ein gutes Parkplatzangebot in Biberach beste-

he, von einem Überangebot könne man jedoch nicht reden. Die Gebührenerhöhung für die oberirdischen Plätze sei zwar in Prozent gesehen hoch, in absoluten Zahlen aber akzeptabel.

OB Fettback lässt wissen, wenn entsprechend dem interfraktionellen Antrag beschlossen werde, müsse man irgendwann eine entsprechende Kapitalaufstockung für die Stadtwerke zur Unterhaltung und Sanierung der Parkieranlagen beschließen.

StR Dr. Schmid gibt zu verstehen, die Grünen seien für eine deutliche Parkgebührenerhöhung, die 1,3 Millionen Mehreinnahmen brächte, die dringend für die Erstellung von Stellplätzen und die Sanierung der Tiefgaragen erforderlich seien. Damit wäre gewährleistet, dass die Nutzer diese Einrichtungen zahlten. Die Grünen seien für eine Reduzierung des Individualverkehrs vor allem in der Innenstadt, da dieser Belastungen wie Lärm und Abgase mit sich bringe. Man vertrete eine andere Innenstadtphilosophie. Er bezeichnete es als tradiert, dass es förderlich sei, bis vor jeden Laden fahren zu können. Menschen kämen in die Stadt, weil interessante Angebote vorhanden seien und dann werde nicht auf die Parkgebühren geachtet. Die Grünen lehnten daher die abweichende Vorlage ab.

StR Funk meint, rechne man die Bäder- und die Parkieranlagen mit voller Verzinsung, kosteten die Bäder doppelt so viel wie die Parkieranlagen. Mit der Veränderung der Gebühren für die oberirdischen Stellplätze hoffe man auf eine hohe Fluktuation, was vielleicht irgendwann den Bau eines Parkhauses erspare. Er macht darauf aufmerksam, dass für die Gebühren für Dauerparker der Fünfjahresbeschluss auch gelte, was beachtet werde müsse.

OB Fettback hält entgegen, der Hinweis auf die Bäder greife nicht, da es sich um ein Schul- und Sportbad handle. Überdies seien die Parkgebühren bei weitem nicht kostendeckend.

Herr Wölfle unterstreicht dies und nennt die jährlichen Defizite der Jahre 2007 bis 2009 aus laufendem Geschäft bei den Parkieranlagen und beziffert diese mit 735.000, 360.000 bzw. 200.000 €.

StR Keil hebt darauf ab, dass in direkter Innenstadtnehe zahlreiche kostenlose Parkflächen zur Verfügung stünden wie beispielsweise an den Schulen. Er sei von Bürgern darauf angesprochen worden, ob die Stadt dann künftig im Betrieb spare, was er sich ohne Reduzierung der Standards in Sicherheit, Attraktivität und Sauberkeit nicht vorstellen könne.

OB Fettback verneint dies. Es könnten kein wesentlichen Betriebskosten eingespart werden.

StR Zügel macht darauf aufmerksam, dass am Abendtarif festgehalten werde, der einen deutlichen Standortvorteil für die Gastronomie und Kultureinrichtungen darstelle.

Anschließend wird darüber abgestimmt, die **erste Stunde in den Parkieranlagen gebührenfrei** zu lassen. Diesem Antrag wird mit 4 Nein-Stimmen (StRe Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber), eine Enthaltung (OB Fettback) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**.

Den **übrigen Veränderungen** wird mit 10 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber), einer Enthaltung (OB Fettback) und 19 Ja-Stimmen **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die oberirdischen Parkgebühren werden wie folgt festgesetzt:
- Parkgebührenzone I 10 Cent je angefangene 5 Minuten
- Parkgebührenzone II 10 Cent je angefangene 8 Minuten**
- 2. Die in Anlage 1 beigefügte Rechtsverordnung wird beschlossen.**
- 3. Das kostenfreie Parken in den Parkhäusern und Tiefgaragen wird bei 1 Stunde belassen.**

Die Parkgebühren in den Tiefgaragen werden auf 20 Cent je angefangene 24 Minuten festgesetzt.

Der Tageshöchstsatz wird von 3 Euro auf 4 Euro angehoben.

Die Gebühr für einen Ersatzchip bei Verlust des ursprünglichen Parkchips wird von bisher 7 Euro auf 10 Euro erhöht.

Wird ein wieder aufgefundener Parkchip innerhalb von 4 Wochen seit Ausstellung der Ausgabenquittung zurück gegeben, wird eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 5 Euro fällig.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 226/2009 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann geht kurz auf den Inhalt der Vorlage und die Absetzung der Abwassergebühren ein.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StR Dr. Nuding hält eine Klarstellung bzw. Korrektur für erforderlich. Er spricht das Beispiel des Schwimmbades an und fragt, ob es absetzbar wäre, wenn ein Schwimmbad leer laufe.

StR Goeth gibt zu verstehen, man habe kein Fachwissen und verlasse sich auf die Kenntnis der Verwaltung.

StR Weber erkundigt sich nach dem Umgang mit landwirtschaftlichen Betrieben, die eine zweite Wasseruhr hätten.

BM Kuhlmann räumt ein, § 27, Abs. 1, Satz 2 sei irreführend, entspreche jedoch der Mustersatzung und sei rechtlich richtig. Man werde jedoch prüfen, ob man diesen Sachverhalt klarer formulieren könne. Kleine Betriebe würden pauschal veranlagt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird die in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 226/2009 beigefügte Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 14. Mai 1990, zuletzt geändert am 08. Dezember 2008, beschlossen.

TOP 10 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und der Ergebnisverwendung 244/2009 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 244/2009 zur Beschlussfassung vor. Der Geschäftsbericht, der Grundlage der Beratung ist, wird dieser Niederschrift nicht angefügt.

StRin Kübler spricht den Mitarbeitern des Eigenbetriebs großen Dank aus. Es sei eine Freude, den Geschäftsbericht zu lesen. Er sei übersichtlich und transparent. Besonderes Augenmerk sei auf den Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf zu richten. Auf Seite 6 des Geschäftsbericht sei deutlich ablesbar, dass man 1996 den letzten Neubau erstellt habe. In Biberach bestehe jedoch kein Wohnungsüberschuss. Das Neubaugebiet Talfeld 2 biete sich an, um in den Geschosswohnungsbau einzusteigen. Man müsse ausreichend Mietwohnungen anbieten und dabei den Anstieg von Singlehaushalten und generell den Bedarf an kleinen Wohnungen berücksichtigen. Sie appelliert, unbedingt den Miet- und Geschosswohnungsbau mit einem Projekt in Angriff zu nehmen. Die durchgeführten Sanierungen und Modernisierungen seien eine prima Sache. Sie verschafften ein positives Wohnerlebnis, senkten die Energiekosten und leisteten einen Beitrag zum Klimaschutz.

OB Fettback hebt auf die Beschlusslage auf Basis eines SPD-Antrages ab. Danach würden vom Baudezernat Plätze definiert, an denen generell Geschosswohnungsbau möglich sei und dann werde man diskutieren, wo dies realisiert werden solle. Er **sagt** zu Beginn des Jahres 2010 eine Vorlage **zu**.

StR Zügel meint, auf Seite 2 müsse bei Ziffer 2 der zweite Satz geändert werden und lauten „er dient der Rücklagenstärkung“. Er erkundigt sich nach dem Wirtschaftsprüfer, worauf EBM Wersch wissen lässt, man habe diesen einmal eingesetzt und dann aus Kostengründen hierauf verzichtet.

StR Dullenkopf dankt den Verantwortlichen. Die Position der CDU zum Mietwohnungsbau sei klar und die Stadt hier nicht vordringlich als Bauträger in der Pflicht. Diese Aufgabe könne von anderen besser erbracht werden. Die Stadt habe schon rund 180 Wohnungen. Es seien keine weiteren Wohnungen erforderlich.

StR Funk zeigt sich mehr als zufrieden mit der Arbeit des Eigenbetriebs. Er stellt fest, bei Renovierungen würden Aufwendungen teilweise aktiviert und teilweise auf Kosten gebucht. Er erkundigt sich nach dem Verhältnis.

Frau Spieler lässt wissen, bislang seien nur energetische Sanierungen durchgeführt worden. Hierfür erhalte man zinsgünstige Darlehen und könne daher günstige Mieten anbieten. Es handle sich dabei um Aufwendungen im Vermögensplan, die aktiviert würden. Steuerlich handelte es sich um Aufwand, da hier nur angesetzt werden müsse, was neu geschaffen worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund § 16 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 01. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Jahresabschluss 2008 wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme 7.332.295,73 €

1.1.1 davon entfallen auf die Aktivseite auf

das Anlagevermögen 5.064.981,36 €

das Umlaufvermögen 2.256.688,06 €

die Rechnungsabgrenzungsposten 10.626,31 €

1.1.2 davon entfallen auf die Passivseite auf

das Eigenkapital – Rücklagen 4.877.944,27 €

die Rückstellungen 13.230,00 €

die Verbindlichkeiten 1.912.300,15 €

die Rechnungsabgrenzungsposten 19.446,83 €

1.2 Jahresgewinn 509.374,48 €

1.2.1 Summe der Erträge 1.576.686,23 €

1.2.2 Summe der Aufwendungen 1.067.311,75 €

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der Jahresgewinn von 509.374,48 € wird den Ergebnisrücklagen zugeführt und auf die neue Rechnung vorgetragen. Er dient dem Ausgleich der in künftigen Wirtschaftsjahren zu erwartenden Verluste.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2008 entlastet.

Dem Gemeinderat wurde die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 248/2009 zur Information aufgelegt.

OB Fettback stellt klar, die Vorlage sei im Wortlaut mit den Firmen abgeklärt. Ausgehend von Informationen der Firma Liebherr müsse man feststellen, dass die wirtschaftliche Situation in Biberach angekommen sei, weshalb das Verfahren für das Interkommunale Gewerbegebiet vorläufig ruhen solle. Er betont, dass man sich in Biberach der Wirtschaft verpflichtet fühle und immer bedarfsorientiert plane. Auch andere Biberacher Betriebe hätten erklärt, dass es ihnen recht sei, wenn das Verfahren bis auf weiteres ruhe. Verfahrenstechnische Fragen würden von der Verwaltung weiter betrieben. Dies sei keine gute Nachricht, aber auch kein großes Problem. Man werde abwarten und hoffe, dass die Wirtschaft wieder anspringe.

Anschließend wird die Sitzung von 19:25 bis 19:45 zur Vesperpause unterbrochen. Es schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 07.12.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann